

Betreff:

Holz Sitzbank am Rautheimer Kreisel (Weststr.)

Organisationseinheit:

Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün und Sport

Datum:

25.05.2023

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Beschluss des Stadtbezirksrates 212 vom 25.04.2023:

„Wir bitten darum, die abgängige Sitzbank am Rautheimer Kreisel (Weststr.) auszutauschen, bzw. das Holz zu erneuern.“

Die Verwaltung teilt hierzu Folgendes mit:

Die in Rede stehende Bank ist abgängig. Es handelt sich hierbei um ein Modell der sog. Lebenshilfe-Bank. Diese wird kurzfristig durch eine neue Lebenshilfe-Bank ersetzt.

Loose

Anlage/n:

keine

Absender:

**Siffermann, Viktor (CDU Fraktion im
StBezR 212)**

TOP 4.1

23-21466
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Bücherschrank in Mascherode

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.05.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(Entscheidung)

06.06.2023

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Aufstellung eines Bucherschrankes am Buchenkamp; Kreuzung Alter Rautheimer Weg möglich ist.

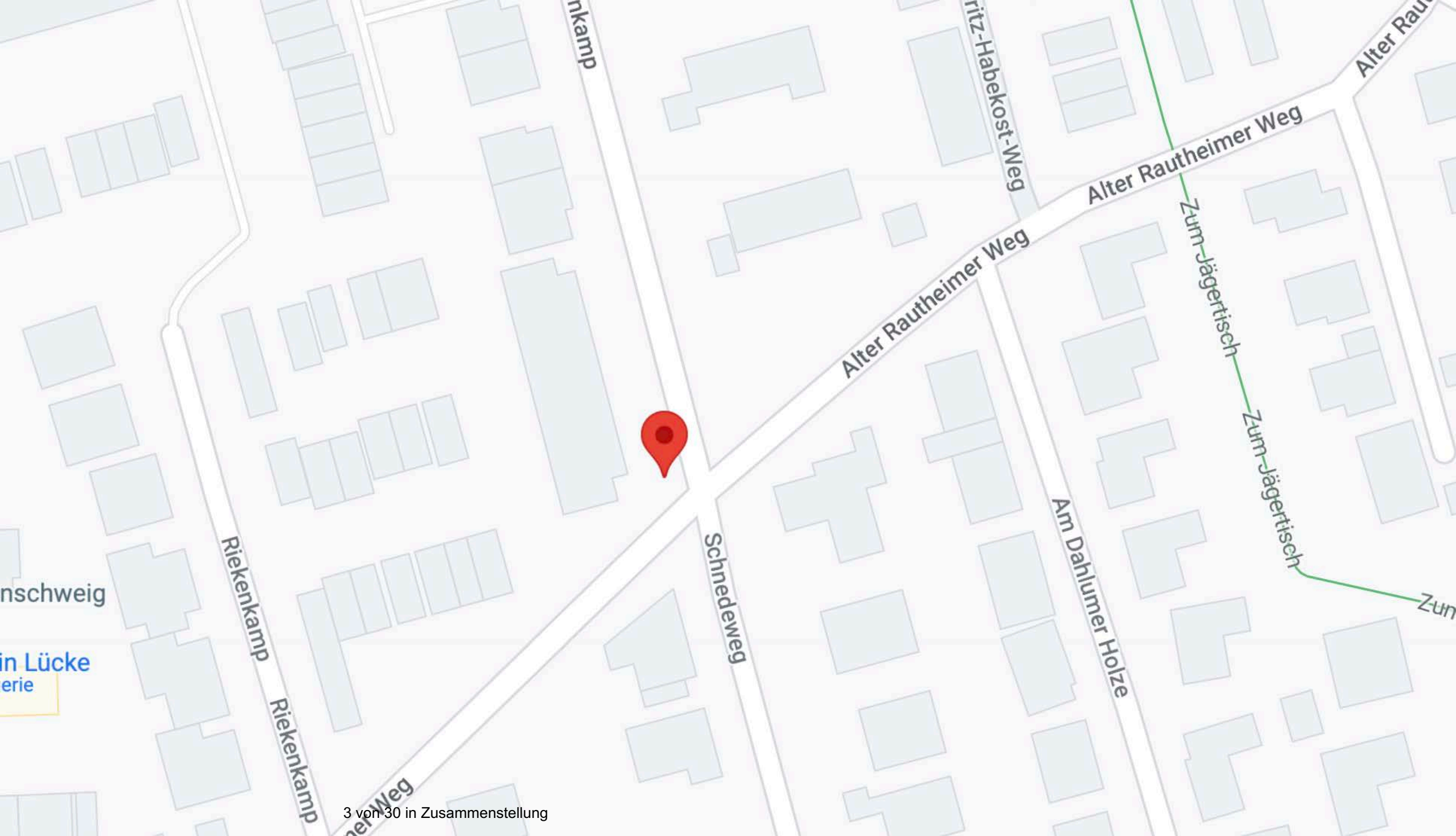
Sachverhalt:

Zwei Mascheroder Bürger:innen, die auch als Paten zur Verüfungen stehen würden, würden die Aufstellung eines Bucherschrankes an der oben benannten Stelle (nach dem "Braunschweiger Modell") stark befürworten.

Viktor Siffermann
CDU Fraktion

Anlagen:

Keine



Betreff:

Straßenbenennung (Verlängerung) "Schwartzkopffstraße"

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation

Datum:

17.05.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (Anhörung)	30.05.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Anhörung)	06.06.2023	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	14.06.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	20.06.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	27.06.2023	Ö

Beschluss:

„Die Verlängerung der Schwartzkopffstraße bis zum Fichtengrund erhält den Namen
Schwartzkopffstraße.

Die Straßenbenennung wird erst mit der Aufstellung der Straßennamenschilder wirksam.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 2 Nr. 1 NKomVG. Der zu benennende Straßenabschnitt liegt geometrisch in zwei Stadtbezirken, sodass die Beschlusskompetenz in diesem Fall von den Stadtbezirken auf den Rat übergeht.

Begründung:

Das Klinikum Braunschweig errichtet im Rahmen eines langjährigen ‚Change-Prozesses‘ am Standort Salzdahlumer Straße eine neue Zentralklinik. Das Vorhaben beinhaltet eine Vielzahl von Bauprojekten, mit denen die Infrastruktur sowie die einzelnen Gebäudeteile der neuen Zentralklinik realisiert werden. Parallel zur bauordnungsrechtlichen Prüfung der Bauvorhaben erfolgt stets auch eine davon unabhängige Prüfung hinsichtlich der Notwendigkeit dem jeweiligen Bauvorhaben eine oder ggf. mehrere Hausnummern zuordnen zu müssen. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass der Straßenabschnitt - von der Schwartzkopffstraße kommend - ab der Autobahn bis zum neu gestalteten Kreuzungsbereich Fichtengrund/Salzdahlumer Straße nicht offiziell benannt ist. Die Adresszuordnung neuer Bauvorhaben entlang dieser unbenannten Straße (z. B. Ärztezentrum und Bürozentrum) richtet sich jedoch ausschließlich nach der tatsächlichen Zugangssituation und würde damit zu der bislang unbenannten Straße erfolgen müssen.

Maßgebliche Ziele der Straßenbenennung sind die Sicherung einer einfachen und eindeutigen Orientierung sowie die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung (z. B. im vorliegenden Fall die schnelle Auffindbarkeit der Bereitschaftspraxis der Kassenärztlichen Vereinigung und Notaufnahme des Klinikums). Zur Verbesserung der örtlichen Orientierung in dem Bereich ist es daher erforderlich, den Verbindungsweg zwischen Schwartzkopffstraße und Fichtengrund zu benennen.

Die Verwaltung hat im Zuge der Vorbereitungen für die Straßenbenennung routinemäßig den zuständigen Ortsteilheimatpfleger Herrn Andreas Dunkel um Namensvorschläge gebeten. Herr Dunkel hat der Verwaltung zwei Vorschläge (Alter Lazarettweg/Am alten Lazarett und Zum Lämmchenteich) übermittelt.

Im Rahmen der Eignungsprüfung ist die Verwaltung mit diesen beiden Namensvorschlägen auch an das Städtische Klinikum als Hauptanlieger der zu benennenden Straße herangetreten. Das Klinikum hat vor dem Hintergrund der Außendarstellung des neuen hochmodernen Klinikstandortes den Wunsch geäußert, den Namen Lazarettweg nicht aufzugreifen.

Der Vorschlag Zum Lämmchenteich soll an dessen ursprüngliche Lage nördlich der heutigen Autobahn erinnern. Der zu benennende Straßenabschnitt befindet sich jedoch südlich der Autobahn. Ein Ortsbezug ist durch die deutlich trennende Wirkung des Autobahnverlaufes nicht erkennbar. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Präposition „zum“ wird darauf hingewiesen, dass gemäß den städtischen Benennungsgrundsätzen auf Präpositionen zu Beginn des Straßennamens zugunsten zur Verbesserung der Auffindbarkeit in Karten und Registern verzichtet werden soll. Das Klinikum wurde deshalb gebeten, eigene Vorschläge möglichst im Sinne einer förderbaren Standortidentifikation einzubringen.

Das Klinikum hat nach dortigen Recherchen keine geeigneten Namensvorschläge vorlegen können. Mit Blick auf die vorhandenen Anlieger besteht jedoch Einigkeit mit dem Klinikum, dass eine namentliche Verlängerung der Schwarzkopffstraße über die Autobahn A39 hinaus bis hin zum Fichtengrund den geringsten Eingriff in die örtlichen Gegebenheiten darstellt. Diese bereits von Beginn an als Alternativlösung zu einer reinen Neubenennung betrachtete Variante bietet den Vorteil, dass mit einer Ausnahme keine bestehenden Anlieger durch eine Änderung ihrer Adresse belastet werden (z. B. der Golfklub). Darüber hinaus hat sich im Rahmen der Vorbereitungen herausgestellt, dass sich der Name Schwarzkopffstraße für den eigentlich unbenannten Straßenabschnitt bereits verbreitet hat und teilweise in Planungen und im Sprachgebrauch Verwendung findet. Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung zur Verbesserung der örtlichen Orientierung und Minimierung der Anliegeraufwände die Verlängerung der Schwarzkopffstraße bis zum Fichtengrund vor.

Das Bürogebäude Salzdahlumer Straße 89 („Telekomgebäude“), welches künftig u. a. vom Klinikum genutzt werden wird, ist als einziger Anlieger durch eine Änderung der Adresse von der Straßenbenennung betroffen. Der Eigentümer wurde im Vorfeld angehört und ist mit der Benennung einverstanden.

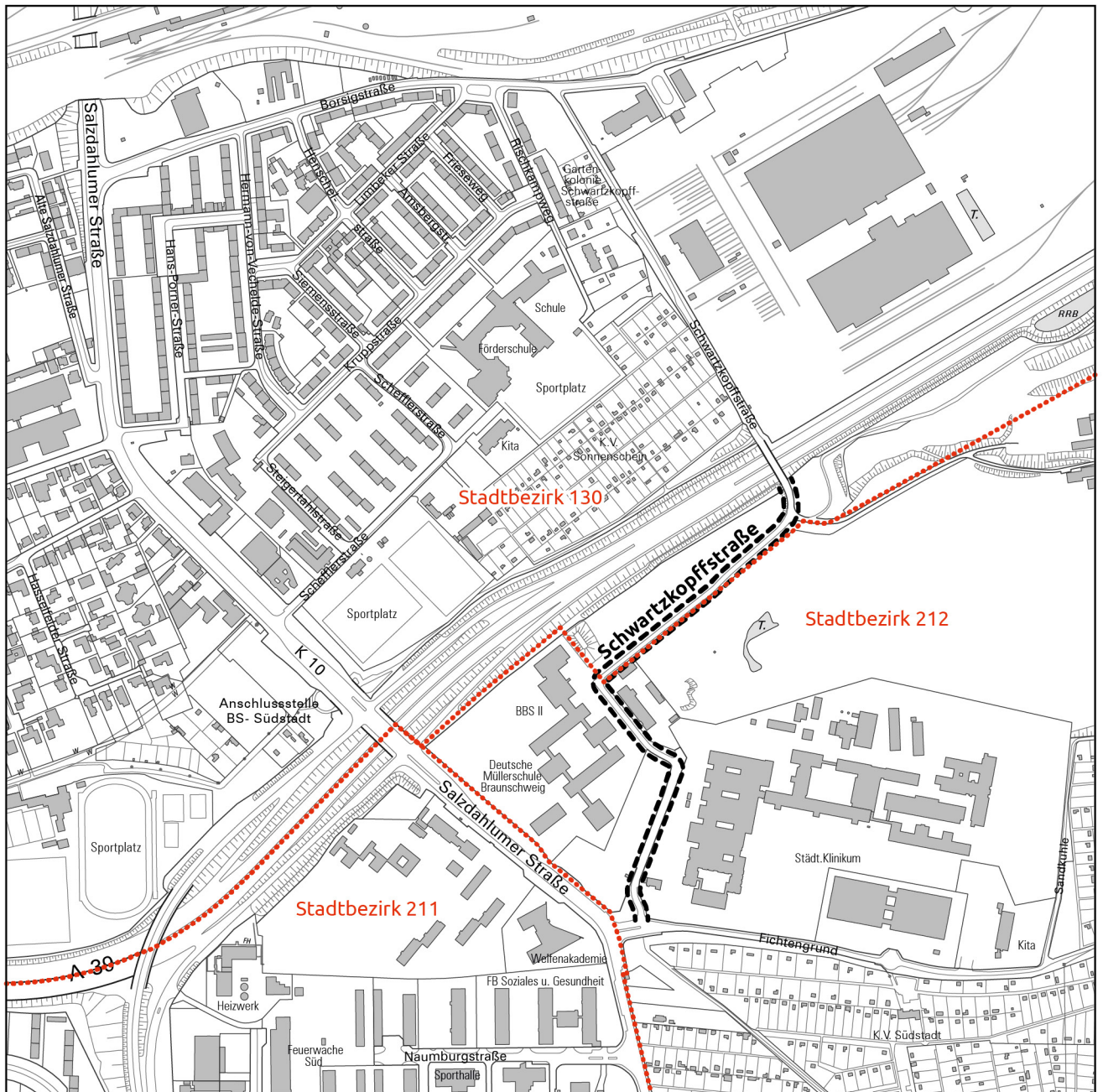
Leuer

Anlage/n:

Kartenausschnitt zur Lage der Straße



Schwartzkopffstraße (Verlängerung)



Karte: © Stadt Braunschweig, Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation, Abt. Geoinformation

Maßstab: 1: 7 500

Betreff:

Berufung von 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

21.05.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Anhörung)	06.06.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	07.06.2023	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	15.06.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	20.06.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	27.06.2023	Ö

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Rautheim	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Klann, Daniel
2	Bienrode	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Weidlich, Maik

Sachverhalt:

Die Mitgliederversammlungen der Ortsfeuerwehren haben die Obengenannten als Stellvertretende Ortsbrandmeister vorgeschlagen.

Die für die Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis geforderten fachlichen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen werden erfüllt.

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 20 Abs. 4 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Verbesserung der Versorgung im Bereich der Krippen-, Kita- und Grundschulplätze im Bereich HdL und Rautheim

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.05.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Beantwortung)

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Im Bereich HdL / Rautheim gibt es nicht zuletzt wegen der beträchtlichen Erhöhung der Wohneinheiten über den städtebaulichen Vertrag hinaus einen deutlich erhöhten Bedarf an Krippen- und Kitaplätzen. Die Kapazität der Kita HdL von 3 Krippen- und 2 Kitagruppen sollte deshalb auch erhöht werden. Dies scheint aber nicht gelingen zu sein, so dass weiterhin ein zusätzlicher Bedarf aus dem Gebiet HdL von etwa 4 Gruppen (Krippen- plus Kitagruppen) besteht.

Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz wird zwar durch ein Angebot im weiteren Umfeld im Stadtgebiet erfüllt, doch ist die Situation nicht nur für die betroffenen Eltern unbefriedigend. Es werden dadurch andernfalls unnötige lange Fahrten, oft mit Pkw, erforderlich, die unter anderem zu mehr Verkehr, Lärm und Umweltbelastungen führen.

Ein zusätzliche Kita im Bereich des neu geplanten Baugebiet Rautheim-Möncheberg kann hier nur langfristig die Situation verbessern.

Etwas früher könnte unter günstigen Umständen die neue Kita im schon länger geplanten Baugebiet „Alte Gärtnerei“ an der Start gehen. Doch ist unklar in welchem Umfang die zusätzlichen Bedarfe aus dem HdL-Gebiet abgedeckt werden können.

Auch scheint aufgrund der erhöhten Kinderzahl aus dem Bereich HdL die Grundschule Rautheim trotz der gerade stattfindenden Erweiterung auf die Dreizügigkeit und Ganztagsbetrieb schneller an ihre Kapazitätsgrenzen zu kommen als erwartet. Offen ist, wie hier eine Lösung für die Zukunft aussehen kann.

In diesem Zusammenhang fragen wir:

1. Durch welche Krippen- und Kitaangebote werden die Wünsche nach Kinderbetreuung zurzeit für wieviel Kinder aus dem Bereich HdL erfüllt und wie sieht die Perspektive dazu aus.
2. Welche Planungen hat die Verwaltung um kurzfristig (max. 1 Jahr) oder mittelfristig (bis zu 3 Jahren) den insbesondere durch das Baugebiet HdL entstandenen erhöhten Bedarf an Krippen- und Kitaplätzen dauerhaft im Bereich Rautheim oder im Stadtbezirk zu befriedigen.
3. Welche konkreten Planungen oder Überlegungen gibt es bei der Verwaltung, um den weiter steigenden Bedarf an Plätzen an der Grundschule Rautheim, über das Schuljahr 2023/2024 hinaus, zu befriedigen.

Gez.

Detlef Kühn

Anlage/n:

Keine

Absender:
Siffermann, Viktor

TOP 9.2
23-21465
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Morsche Äste

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
24.05.2023

Beratungsfolge:		Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode (zur Beantwortung)	06.06.2023	Ö

Sachverhalt:

Über den Parkplätzen an der Braunschweiger Straße / Vor dem Kreuze hängen vereinzelt morsche Äste. Die Anwohner würden gerne wissen, wer für die Pflege des Parkplatzes zuständig ist. Sollte die Zuständigkeit bei der Stadt Braunschweig liegen, bitten wir um Überprüfung der Bäume.

Gez.

Viktor Siffermann
CDU Fraktion

Anlagen:
Kartenausschnitt



Absender:

**Fraktion B90/Grüne im Stadtbezirksrat
212**

TOP 9.3
23-21242
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Verkehrssituation in Mascherode: Möncheweg / Alte Kirchstraße /
Am Kleinen Schafkamp / Hinter den Hainen**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

14.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Beantwortung)

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verkehrssituation in Mascherode Kreuzung Möncheweg/ Alte Kirchstraße/ Am Kleinen Schafkamp/ Hinter den Hainen ist auch nach veränderter Verkehrsführung nicht für alle Verkehrsteilnehmer akzeptabel. Fahrradfahrer/innen dürfen nicht vom Möncheweg in die Alte Kirchstraße nach rechts abbiegen, das erlaubt die Bodenmarkierung nicht. Es besteht nur die Möglichkeit das Fahrrad geradeaus auf die andere Straßenseite zu schieben oder auf die Fahrbahn, um anschließend auf der Alten Kirchstraße in Richtung Salzdahlumer Straße weiter zu fahren.

Für Fußgänger ist eine Querung Am Kleinen Schafkamp/ Alte Kirchstraße an dieser Kreuzung notwendig, um in Richtung Salzdahlumer Straße den gesicherten Weg fortzusetzen.

Da viele Verkehrsteilnehmer die praktikabelsten / kürzesten Wege nutzen, bleibt die oben beschriebene Verkehrssituation unübersichtlich und dadurch unsicher.

Anfrage:

1. Ist eine Überarbeitung der Verkehrsführung für Fußgänger und Radfahrer anhand des in der Realität stattfindenden Verhaltens möglich, um Übersichtlichkeit und Sicherheit zu verbessern?
2. Können hier veränderte Bodenmarkierungen z.B. mit großem Fahrrad an der Kreuzung und im Straßenverlauf eine Abgrenzung eines Fahrradweges durch unterbrochene Linien helfen?

Gez.

Ingeborg Jäger
(Bündnis 90 / Die Grünen)

Anlage/n:

Vier Fotos









Betreff:

**Verkehrssituation in Mascherode: Möncheweg / Alte Kirchstraße /
Am Kleinen Schafkamp / Hinter den Hainen**

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

06.06.2023

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.04.2023 wird wie folgt Stellung genommen:

Es wurden bereits Maßnahmen durchgeführt, um die Kreuzung sicherer und übersichtlicher zu gestalten.

Die Markierung auf dem Zweirichtungsradweg im Möncheweg dient zur Verdeutlichung, dass hier in beiden Richtungen gefahren werden darf. Das Rechts- und Linksabbiegen auf die Fahrbahn der Alten Kirchstraße / Am Kleinen Schafkamp ist erlaubt.

Eine Querung für Zu-Fuß-Gehende über den Möncheweg ist nicht vorgesehen, da auf der Nordseite der Alten Kirchstraße im Bereich des Knotenpunktes kein ausreichend breiter und befestigter Gehweg vorhanden ist. Zu-Fuß-Gehende können die neu errichtete Querung auf der Straße Am Kleinen Schafkamp (Tempo 30-Zone) nutzen, um dann die Straße Hinter den Hainen (Tempo 30) zu überqueren und den südlichen Gehweg der Alten Kirchstraße in Richtung Salzdahlumer Straße nutzen.

Zu 1.: Eine weitere Überarbeitung der Verkehrsführung für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende wäre nur im Zuge einer größeren Umbaumaßnahme möglich, wofür keine finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Dazu müssten u.a. in der nordwestlichen Ecke des Knotenpunktes Gehwege entlang des Mönchewegs und der Alten Kirchstraße baulich angelegt werden.

Da die Übersichtlichkeit und Sicherheit am Knotenpunkt durch die vorangegangenen Maßnahmen bereits deutlich verbessert wurden sind keine weiteren Umplanungen angedacht.

Zu 2.: Radfahrende fahren im Kreuzungsbereich und in allen angrenzenden Straßen (bis auf den östlichen Radweg im Möncheweg) regulär auf der Fahrbahn. Die Straßenbreite der Alten Kirchstraße von ca. 6,70 m im Kreuzungsbereich ist zu schmal, um hier Schutzstreifen (Mindestbreite 1,50 m) o. ä. anzulegen.

Gerstenberg

Anlage/n:

keine

Absender:

**Ingeborg Jäger (B90/Die Grünen),
Jürgen Reuter (BIBS)**

TOP 9.4

23-21462
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Verbindlichkeit der Empfehlungen des Verwaltungsausschusses

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.05.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Beantwortung)

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Laut Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau erklärte Stadtbaurat Leuer: „dass der Verwaltung die Themen Klima und Umwelt bei der Entwicklung dieses neuen Baugebietes (RA 29) überaus wichtig sind. Die im Änderungsantrag 22-235-01 konkreter gefassten Themen werden von der Verwaltung in der Planung berücksichtigt.“

In diesem Zusammenhang fragen wir:

1. Sind die einstimmig beschlossenen Punkte des Änderungsantrages 22-19235-03 (Punkte 1 - 5) und die geändert einstimmig beschlossenen Punkte 7 – 9 (neu: 6 - 8) des Änderungsantrages 22-19716 auch „überaus wichtig“ bei der jetzt angelaufenen Planung des Neubaugebietes?
2. Sind diese Änderungen vom Verwaltungsausschuss unverändert übernommen worden?
3. Wie verbindlich sind die Empfehlungen des Verwaltungsausschusses für die weitere Planung des Baugebietes RA 29

Gez.

Ingeborg Jäger (Bündnis 90 / Die Grünen)
Jürgen Reuter (BIBS)

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Verbindlichkeit der Empfehlungen des Verwaltungsausschusses

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation

Datum:

06.06.2023

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Beschluss der Vorlage 22-19235 hinsichtlich des Plangebietes „Rautheim-Möncheberg“ erfolgte nach einer Änderung und Ergänzung um den in geänderter Fassung beschlossenen Änderungsantrag 22-19235-03 durch den Verwaltungsausschuss am 11. Oktober 2022. Der betreffende Beschlussauszug ist im Ratsinformationssystem der Stadt Braunschweig (<https://ratsinfo.braunschweig.de>) veröffentlicht.

Die Planungen zum neuen Baugebiet „Rautheim-Möncheberg“ befinden sich derzeit im Entwurfsstadium. Die beschlossenen Punkte (Änderungsantrag 22-19235-03) spielen bei allen Überlegungen eine wichtige Rolle und werden in den Planungen soweit möglich berücksichtigt. Die erarbeiteten Ergebnisse werden den politischen Gremien nach einer abwägenden Bewertung der weiteren Planung erneut vorgelegt.

Schmidbauer

Anlage/n:

keine

Absender:

**Ingeborg Jäger (B90/Die Grünen),
Jürgen Reuter (BIBS)**

TOP 9.5

23-21463
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Bevölkerungsentwicklung und Bedarf an Wohnraum

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.05.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Beantwortung)

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

In der Braunschweiger Zeitung wurde am 20. April 2023 mit der Überschrift: „Trotz Alterung: unsere Region verliert kaum Einwohner“ eine Statistik zur Entwicklung der Einwohnerzahlen bis 2040 in der Region veröffentlicht. Für Braunschweig ist hiernach ein Zuwachs von ca. 2000 Einwohnern zu erwarten.

Die Veröffentlichung der Stadt Braunschweig, Referat Kommunikation, vom 22. Mai 2023 hat das Ziel, ein Baurecht für 12.200 Wohnungen bis 2035 einzuräumen.

In diesem Zusammenhang fragen wir:

Wie ist der Widerspruch zwischen der relativ konstanten Bevölkerungsentwicklung und dem hohen Bedarf an Wohnraum (12.200 Wohnungen bis 2035) zu erklären?

Gez.

Ingeborg Jäger (Bündnis 90 / Die Grünen)
Jürgen Reuter (BIBS)

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Bevölkerungsentwicklung und Bedarf an Wohnraum

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation

Datum:

06.06.2023

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Bevölkerungsprognose bildet die Grundlage für jede Wohnungsbedarfsprognose. Wie im Wohnraumversorgungskonzept ausgeführt, wird darauf aufbauend die Entwicklung der Zahl und der Zusammensetzung der privaten Haushalte vorausgeschätzt. In Verbindung mit Versorgungsnormen (pro Haushalt eine Wohnung, Berücksichtigung einer Fluktuationsreserve), errechnet sich dann die Zahl der Haushalte, die Wohnungen nachfragen. Diese werden dem verfügbaren Wohnungsbestand gegenübergestellt. Die Differenz bildet den Wohnungsbedarf. Der quantitative Bedarf bildet sich also aus dem demografischen und dem Ersatzbedarf. D.h. durch die Veränderung in der Zahl und Zusammensetzung der privaten Haushalte erwächst zum einen ein demografisch bedingter Wohnungsbedarf im Prognosezeitraum, zum anderen ergibt sich ein Ersatzbedarf im Wohnungsbestand.

Dies vorausgeschickt beantwortet die Verwaltung die Anfrage wie folgt:

Die Wohnungsbedarfsprognose steht nicht im Widerspruch zu der relativ konstanten Bevölkerungsentwicklung. In der Marktbewertung des WRVK heißt es: „*Da nicht einzelne Personen, sondern Haushalte als Nachfrager am Wohnungsmarkt auftreten, ist es notwendig, nicht nur die zukünftige Bevölkerungsentwicklung, sondern auch die Haushaltsentwicklung zu betrachten. Die Anzahl und die strukturellen Veränderungen der privaten Haushalte stellen wesentliche Komponenten für die Entwicklung des künftigen Wohnungsbedarfs dar.*“

Auf der Basis dieser komplexen Zusammenhänge wurde im WRVK eine untere, mittlere und eine obere Variante berechnet. Die Varianten unterscheiden sich hinsichtlich unterschiedlich getroffener Annahmen (u.a. Trend zu kleineren Haushalten, Verbleib Geflüchteter), die im WRVK ausführlich dargestellt sind und auf die hier verwiesen wird.

Hornung

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Fraktion B90/Grüne im Stadtbezirksrat
212**

TOP 9.6

23-21243
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Teichsanierung Grundschule Lindenberg

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

14.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Beantwortung)

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Kosten für die geplante Teichsanierung des Schulteiches der Grundschule Lindenberg erscheinen zu hoch und zusätzlich würde das Biotop durch ein Ausbaggern zerstört werden.

Anfragen:

1. Wie häufig ist eine Sanierung des Schulteiches voraussichtlich notwendig?
2. Belaufen sich die Kosten dann auf 80.000 €?
3. Sind alternative, kostengünstigere Sanierungsmöglichkeiten in Betracht gezogen worden?

Gez.

Ingeborg Jäger
(Bündnis 90 / Die Grünen)

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Ingeborg Jäger (B90/Die Grünen),
Jürgen Reuter (BIBS)**

TOP 9.7

23-21464
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Umwandlung des Jugendplatzes

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.05.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Beantwortung)

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Im Gespräch zwischen der Stadtverwaltung und der Bürgerinitiative „Der Acker bleibt“, wurde deutlich, dass der Jugendplatz im Südosten des RA 29 einem Misch-/ Gewerbegebiet weichen soll. Der Jugendplatz wurde von den Bürger*innen des Baugebietes Rautheim-Südwest finanziert.

Der Jugendplatz hat sich zu einen artenreichen Biotop entwickelt.

In diesem Zusammenhang fragen wir:

1. Warum ist es notwendig, diesen bezirksweit beliebten Treffpunkt für Jugendliche zu zerstören?
2. Ist für das Biotop eine Ausgleichsfläche vorgesehen?
3. Werden die Bürger*innen entschädigt?

Gez.

Ingeborg Jäger (Bündnis 90 / Die Grünen)
Jürgen Reuter (BIBS)

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Umwandlung des Jugendplatzes

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation

Datum:

06.06.2023

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu dem Punkt 1:

Ziel ist es, den Ortsteil Rautheim und damit auch das künftige Baugebiet „Rautheim-Möncheberg“ an das Stadtbahnnetz anzuschließen und damit eine komfortable und klimagerechte Erschließung zu ermöglichen. Dafür ist eine gute Erreichbarkeit des Mobilitätsknotens an der zukünftigen Haltestelle der Stadtbahn an der Straße Zur Wabe auch aus dem neuen Baugebiet erforderlich. Die Planung befindet sich derzeit im Entwurfsstadium. Bezüglich des Bereichs des Jugendspielplatzes wird derzeit überprüft, inwieweit auch eine bauliche Nutzung diesen für Rautheim wichtigen Mobilitätsknoten unterstreichen kann.

Zu dem Punkt 2:

Die Bestandserfassung und die artenschutzrechtliche Bewertung der Flächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Rautheim-Möncheberg“, RA 29, inklusive Kartierung der ggf. vorliegenden Biotop, ist noch nicht abgeschlossen. In einem darauffolgenden fachgutachterlichen Beitrag wird auf Basis der naturschutzfachlichen Bestimmungen eine Eingriffsbilanzierung vorgenommen. Aktuelle ökologische Wertigkeiten aller betroffenen Flächen werden ermittelt und fließen in diese Bilanzierung ein. Im Bebauungsplan „Rautheim-Möncheberg“, RA 29, werden geeignete Maßnahmen festgesetzt, um die mit der Planung vorbereiteten Eingriffe ausgeglichen.

Zu dem Punkt 3:

Sollten die betroffenen Flächen in Anspruch genommen werden, wird der naturschutzfachliche Verlust gemäß der Eingriffsregelung ausgeglichen (s.o.) und die Einrichtungen des Jugendplatzes in dem dann dafür vorgesehenen Bereich vollumfänglich und für die Anwohner kostenneutral ersetzt.

Schmidbauer

Anlage/n:

keine

Absender:

**Fraktion B90/Grüne im Stadtbezirksrat
212**

TOP 9.8

23-21244
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Beleuchtung des neuen Kita-Gebäudes im Neubaugebiet Heinrich
der Löwe**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

14.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Beantwortung)

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Jeden Abend scheint das gesamte Kita-Gebäude (HdL, Braunschweiger Straße 1) ausgeleuchtet zu werden.

Anfragen:

1. Warum werden die Außenanlagen des Kita-Gebäudes jeden Abend ausgeleuchtet?
2. Wie lange sind die Lampen angestellt?

Gez.

Ingeborg Jäger
(Bündnis 90 / Die Grünen)

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Beleuchtung des neuen Kita-Gebäudes im Neubaugebiet Heinrich der Löwe

Organisationseinheit:

Dezernat V
51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Datum:

25.05.2023

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Kenntnis)

Sitzungstermin

06.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktion B90/Grüne vom 14.04.2023 (23-21244) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu 1./2.

Das Grundstück (Braunschweiger Straße 1), auf das sich die Frage bezieht befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Braunschweig. Zwischen der Eigentümerin des Grundstücks und der Betreiberin/Trägerin der Kita Heinrich-der-Löwe besteht ein Mietverhältnis. Die abendliche Beleuchtung der Außenanlagen obliegt somit der Mieterin in eigenem Verantwortungsbereich.

Die Stadt ist nicht Vertragspartnerin und kann daher auf den geschilderten Sachverhalt keinen Einfluss nehmen.

Albinus

Anlage/n:

keine

Betreff:

Sicherheit des Radverkehrs an der Tankstelle Griegstraße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

14.02.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Beantwortung)

28.02.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

An der Griegstraße, Ein- und Ausfahrten bei der dortigen Tankstelle, gibt es keine Markierung auf dem Radweg. Oft stehen Autos hier und blockieren die Fahrt von Radfahrenden, wenn an den Zapfsäulen viel los ist. Dadurch soll es auch schon zu gefährlichen Situationen gekommen sein.

1. Wer ist für die Markierungen des Radweges bei der Ein- und Ausfahrt verantwortlich?
2. Was kann die Verwaltung machen, dass der Radverkehr hier sicherer wird?

Gez.

Jutta Heinemann

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Fraktion B90/Grüne im Stadtbezirksrat
212**

TOP 9.10

23-21156
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Biomasse-Blockheizkraftwerke im Stadtbezirk 212

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Beantwortung)

25.04.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Welche Planungen gibt es für das Gebiet des Bezirks 212 und darüber hinaus, Biomasse-Blockheizkraftwerke zu erstellen, die neben dezentraler Stromerzeugung auch für kleinere Fernwärmenetze eingesetzt werden können?

Hintergrund: Als Anpassung an schlechtere Klimabedingungen werden viele Landwirte zukünftig Agroforstmassnahmen einsetzen müssen. Das kann durch Anlage streifiger Weichholzbaumreihen geschehen, die alle 3 bis 5 Jahre auf den Stock gesetzt werden müssen und dabei bald soviel Hackschnitzel erzeugen könnten, die auch das zentrale Heizkraftwerk nicht alle einsetzen kann. Landwirten kann hier zusätzliches Einkommen zuwachsen, das bestimmt gut gebraucht wird, über den mehrfachen ökologischen Nutzen dieser Baumstreifen hinaus.

Gez.

Hans-Dieter Rummert

Anlage/n:

Keine

Betreff: Biomasse-Blockheizkraftwerke im Stadtbezirk 212

Organisationseinheit: Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	Datum: 25.05.2023
---	-----------------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode (zur Kenntnis)	06.06.2023	Ö

Sachverhalt:

Die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. April 2023 (DS 23-21156) wurde an BS|Energy mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet, welche hierzu mitteilt:

Im Rahmen der Dekarbonisierungsstrategie von BS|ENERGY besteht auch für die Stadtteile die grundsätzliche Bereitschaft und der Wille, Wärmequartierslösungen, abseits des zentralen Fernwärmenetzes wirtschaftlich zu prüfen und bei positivem Ergebnis umzusetzen. Dies gilt grundsätzlich auch für Biomasse.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Bewertung ist zu berücksichtigen, dass der Neubau von kleineren Fernwärmenetzen nach den hierfür aktuell einschlägigen Förderrichtlinien (Bundesförderung für effiziente Wärmenetze) zukünftig max. 25% Biomasse in Abhängigkeit zur Netzlänge enthalten darf. Darauf werden aktuelle Konzepte bereits ausgelegt.

Auszug:

“In Netzen mit einer Länge von 20 bis 50 km ist der maximal zulässige Anteil von Biomasse an der jährlich erzeugten Wärmemenge im Netz im Endzustand der Transformation auf 25 % begrenzt und bis spätestens 2045 zu erreichen.” Quelle: BAnz AT 18.08.2022 B1

Geiger

Anlage/n: